

Christoph Kuhn
Advokatenweg 3 A
D - 06114 Halle (Saale)
Tel. 0345-2026073
info@kuhn-christoph.de

An die Stadtratsvorsitzenden,
Vertreterinnen des OB.
An alle Fraktionen

Rathaus Halle
06108 Halle (Saale)

Halle, 5. Juni 2021, Weltumwelttag

Sehr geehrte Damen und Herren,

Anlass für diesen (offenen) Brief ist der Beitrag vom 04.06. 21 in der Mitteldeutschen Zeitung, S. 9, „Streit um Klimaziele“.

Aus kirchlicher DDR-Umweltbewegung kommend, verfolge ich seit Jahrzehnten, was kommunal für Umwelt- bzw. Klimaschutz getan, bzw. dazu unterlassen wird.

Ich habe die Broschüre „AGENDA 21“ von 1999 aus dem „Agenda 21-Büro“ in Halle (das nicht mehr existiert). Die in dem Heft auf 70 Seiten erklärten Ziele sind auch nach 22 Jahren weit von der Realisierung entfernt.

Das Agenda-21-Büro wollte alle für Klimaschutz aktiven und daran interessierten Bürgerinnen und Bürger beteiligen „an Entscheidungen der Verwaltung für die Entwicklung von kommunalen Handlungskonzepten“, bei Dialogprozessen, Runden Tischen, Stadtteilkonferenzen ...

Die im oben genannten MZ-Artikel erwähnte Strategie der Stadt weicht erheblich von diesem Anliegen ab; und dem Kommentator ist zuzustimmen: Es ist falsch, Klimapolitik ohne direkte Beteiligung „der örtlichen Klimagruppen“ zu machen.

Der erste Satz ist nur zu berechtigt: „Halle muss mehr gegen den Klimawandel tun“.

Dass sich beim Umwelt- und Klimaschutz nichts Grundsätzliches – für jeden und jede an der Basis spürbar – getan hat, lässt sich an den aufs Thema bezogenen Pressestimmen aus über drei Jahrzehnten ablesen:

- Registrierung der Verminderung des urbanen Baumbestands, der Straßenbegrünung.
- Frust über unnötige Baumfällungen (zahlreiche Abholzungen wurden gerade in jüngster Zeit durch Bürgerproteste verhindert, statt durch unabhängige Expertengutachten.)
- Das Fehlen von sicheren Radwegen.

- Der Ruf nach einer verkehrsberuhigten Innenstadt.
- Die Vision autofreier Wohnquartiere.
- Der ÖPNV zu unattraktiv.
- Zu viel Leerstand in ruinösen Gebäuden in bester Wohnlage.
- Empörung über Graffiti, statt mehr Begrünung von Wänden und Fassaden.
- Zu viel Müll auf den Straßen.

Um nur einige Beispiele zu nennen.

An Ideen, Absichten und Ankündigungen, mehr für ein besseres Stadt-Klima zu tun, mangelte und mangelt es nicht. Aber es fehlte und fehlt an der Umsetzung. Dabei ist die Dringlichkeit entschlossenen Handelns gegen die klimatische Bedrohung längst nicht mehr strittig.

(Forderung des Weltklimarats: Veränderungen zum Klimaschutz sind in allen Lebensbereichen nötig!)

Auch wenn Halle kein entscheidender Player ist, globale Klimaziele zu erreichen, auch wenn das Land die Klimaziele verfehlt, könnte die Stadt einiges tun, ihr Mikroklima zu verbessern. Warum rief Halle noch nicht den Klimanotstand aus? Sicher hätte dies vorwiegend Symbolwirkung; aber für das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, für ihr Handeln vor Ort, würden davon wichtige Impulse ausgehen.

Seit die Klimakrise im allgemeinen Bewusstsein ist und grüne Themen zu Mainstream gehören, hat in Halle kein grundsätzliches im Alltag der Bürgerinnen und Bürger erlebbares Umdenken und -handeln stattgefunden.

Nicht nur mich beschäftigt die Frage, wie groß der Spielraum für kommunales Handeln ist, ohne gegen Landes- oder Bundesgesetz zu verstoßen.

Ich erwähne einige der von Politikerinnen und Politikern oft erwähnten sogenannten „kleinen Stellschrauben“, die wenigstens schadensbegrenzend sind:

- Mehr Schutz für Bäume und Sträucher bei Baumaßnahmen jeder Art. Der Natur angepasstes Bauen. (Nur im äußersten Ausnahmefall darf der Bau gegenüber dem Baum Priorität haben!) Schutz des vorhandenen Baumbestands durch Pflege der Baumscheiben, Verringerung der Streusalzverwendung, Bewässerung in Trockenzeiten ...

Das setzt die Überarbeitung der Baumschutzsatzung bzw. Gehölze-Schutzverordnung voraus. (Sie muss dem Natur- und Artenschutz besser Rechnung tragen, mehr Baumarten als zuvor ins Schutzkonzept aufnehmen; bei Verstößen strengere Strafen androhen.) Auch eine Neubewertung der Baumschutzkommission ist erforderlich, eine bessere Erreichbarkeit ihrer Mitglieder durch interessierte Bürgerinnen und Bürger.

- Mehr Artenschutz (Biodiversität) durch entsprechende Gestaltung öffentlicher Grünflächen.

- Noch ist es in Halle erlaubt, mit einem durch einen Verbrennungsmotor betriebenen Gebläse Laub zu beseitigen – Feinstaub aufwirbelnd und Lärm erzeugend! Dort beginnen mit dem Verbot des Verbrennungsmotors.

Ebenso ist es noch nicht einmal allgemein verpönt, mittels Gasflamme „Unkraut“ zu verbrennen. Auch die Verwendung von „Heizpilzen“ vor Gaststätten ist klimaschutzkontraproduktiv.

– Nachhaltige klimagerechte Stadtentwicklungsplanung sollte vor Errichtung von Neubauten (z. T. Großprojekte wie die „Saalegärten“) leerstehende, dem Verfall preisgegebene Gebäude (in bester Innenstadt-Wohnlage) sanieren und Lücken bebauen. Sanierung wo es möglich ist, statt Abriss. Weitere Bodenversiegelung oder -verdichtung verhindern. Verpflichtend sollte sein, Flachdächer mit Solarmodulen auszustatten oder zu begrünen, sowie dafür geeignete Fassaden/Hauswände.

Wasserspeicherung in Grundstücken, statt Wasserentsorgung durch die Kanalisation.

(Interessant für die Öffentlichkeit wäre, wie sich der vor 20 Jahren eingerichtete Gestaltungsbeirat zu diesen Punkten äußert.)

– Im Verkehr ist die Innenstadt vom Autoverkehr weiter zu entlasten: mehr Tempolimits, Einbahnstraßen, Parkverbote. Unterstützung des Teilautoprojekts. Verbesserung des ÖPNV, z.B. durch kürzere Taktung, kostenlose Fahrradmitnahme in Bahnen und Bussen. Investitionen in den Radverkehr.

– Verminderung von (Plastik-)Verpackung, und damit von Müll durch Unterstützung von Projekten wie „Unverpackt-Läden“ oder durch die Anregung, das Pfandsystem zu Gunsten des Stoffkreislaufs zu verändern.

Manches lässt sich von Ihnen, sehr geehrte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, nicht verändern, weil es nicht in Ihrem Verantwortungsbereich liegt. Vieles jedoch lässt sich im regen Austausch mit Klimaexpertinnen, -aktivistinnen und -aktivisten vorbildhaft anregen.

Klimaschutz gehört ganz oben auf die (kommunal-)politische Agenda.

Es gibt konkrete unverzichtbare Aufgaben, wie die Senkung des Treibhausgas-Ausstoßes oder/und solche längerfristigen Überlegungen wie die Einführung des Schulfaches Ökologie.

Wir brauchen Veränderungen, die von der öffentlichen Hand begleitet werden, damit Institutionen, Unternehmen und Vereine, Bürgerinnen und Bürger folgen.

Halle ist dem Verbund „Gesundes Städtenetzwerk“ beigetreten, es wurde ein Klimabündnis gegründet, und es existiert eine Steuerungsgruppe Klimaschutz. Die Ergebnisse dieser gemeinschaftlichen vernetzten Arbeit sollten transparenter für die interessierte Öffentlichkeit werden – und sie unbedingt einbeziehen.

Mein Vorschlag wäre – sobald es nach der Pandemie möglich ist oder zuvor unter den verfügbaren Regeln – Konferenzen oder Runde Tische zum Thema Klima einzuberufen, unter Beteiligung aller Parteien, mit Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter aller klimapolitisch aktiven Vereine und Gruppen.

Mit freundlichen Grüßen